Nr. 73 — 167. Jahrgang — Dienstag, 27. März 1917

Erscheint täglich mit Ausnahme des Sonntags.

Beilagen: „Gießener Familienblätter" und „Kreisblatt für den Kreis Gießen".

Postscheckkonto: Frankfurt am Main Nr. 11686.
Bankverkehr: Gewerbebank Gießen.

Gießener Anzeiger
General-Anzeiger für Oberhessen

Zwillingsdruck und Verlag: Brühl'sche Universitäts-Buch- u. Steindruckerei. R. Lange, Gießen.

Schriftleitung, Geschäftsstelle und Druckerei: Schulstraße 7. Geschäftsstelle u. Verlag: [illegible] 51. Schriftleitung: [illegible] 112.

Anschrift für Drahtnachrichten: Anzeiger Gießen.

Mb. Deutscher Reichstag.

92. Sitzung. Montag, den 26. März 1917.

Am Tische des Bundesrats: Lisco, Graf v. Rodern.

Präsident Dr. Kaempf eröffnet die Sitzung um 1 Uhr 15 Min.

Die Reichsjustizverwaltung.

Die zweite Lesung des Haushaltsplans der Reichsjustizverwaltung wird fortgesetzt.

Staatssekretär Dr. Lisco: Trotz der herben Kritik, die vorgestern an dem Gesetzentwurf zur Vereinfachung der Rechtspflege geübt worden ist, kann ich es mir jetzt versagen, die Gründe für die einzelnen Vorschriften näher darzulegen, da der Gesetzentwurf heute nicht auf der Tagesordnung steht. Ich möchte Ihnen nur ganz kurz die Notwendigkeit des Gesetzentwurfs im ganzen dartun. Es handelt sich durchaus nicht lediglich darum, Justizbeamte freizumachen, sondern wir wollen auch Schöffen, Geschworene, Zeugen, Sachverständige freimachen, überhaupt alle, die viel mit dem Gericht zu tun haben. Nach einer Rundfrage waren im Januar dieses Jahres bei den Justizbehörden an höheren, mittleren und unteren Beamten 49 000 Männer tätig. Davon waren 21 000 zum Heeresdienst eingezogen, weitere 2500 Kriegsverwendungsfähige waren zurückgestellt. Dazu kommt noch die erhebliche Zahl der nur Garnisondienst- und Arbeitsverwendungsfähigen. Bei den höheren Beamten stellte sich die Gesamtzahl auf 14 500, wovon 7000 eingezogen waren. Von den zurückgestellten höheren Beamten waren 715 kriegsverwendungsfähig.

Bei den Rechtsanwälten belief sich die Gesamtzahl auf 10 500, davon waren 4800 eingezogen. Alle diese Männer waren nur bis zum 31. März, also bis Schluß dieser Woche zurückgestellt. Wenn sie plötzlich eingezogen würden, so kämen wir in große Verlegenheit. Wollen wir einen baldigen Frieden erzielen, so müssen wir uns bis an die Zähne rüsten. Neben Munition und Lebensmitteln brauchen wir vor allem Mannschaftsersatz. Schieben Sie die Verhandlungen nicht auf die lange Bank, sondern sorgen Sie dafür, daß dieser Gesetzentwurf möglichst schnell verabschiedet wird. Die Reichsregierung legt darauf den größten Wert. Wenn sonst eine Verzögerung der Rechtspflege eintreten sollte, müßte ich dem Hause die Verantwortung zuschieben. Es ist bemängelt worden, daß zu wenig Rechtsanwälte zu Richtern ernannt würden. Wir haben schon eine ganze Anzahl hervorragender Richter, die aus dem Rechtsanwaltsstande hervorgegangen sind. Aber der Andrang der Rechtsanwälte zu den Richterposten ist nicht all zu groß, weil die feste Besoldung natürlich eine gewisse Einkommensgrenze zieht. Wo sich Gelegenheit bietet, werden wir jedoch weiter Versuche mit der Heranziehung von Rechtsanwälten zu richterlichen Aemtern machen.

Abg. Stadthagen (Soz.-Arb.): Also die Rechtspflege soll beschleunigt werden. Im Prozeß gegen den Fürsten Eulenburg merkt man davon nichts. Es gibt kein Reichsgesetz, das den Reichsanwalt zu seinem erstaunlichen Vorgehen im Prozeß Eichhorn berechtigte könnte. Dieser Fall ist ein Schulbeispiel für die Verwilderung der Rechtspflege. Außerdem erstreckt sich der Machtbereich des Oberkommandierenden in den Marken nur auf die Mark, nicht auf Leipzig. Solche Rechtswidrigkeiten liegen aber im ganzen System der politischen Polizei; auf ihre russischen Spitzel sind auch die ersten Erfolge des Russeneinfalls in Ostpreußen zurückzuführen. (Präsident Dr. Kaempf ruft den Redner zur Sache.) Sind Ermittelungen angestellt, inwieweit die preußische politische Polizei durch Duldung dieser russischen Spitzelei verbrecherischen Hochverrat begangen hat? Und wenn nicht, warum nicht? Auf dem Schlachtfelde des Kriegszustandes finden sich dann Wucher-Hyänen ein. . . . (Der Präsident wiederholt seine Mahnung.) Ich will ja nur Garantien gegen ein solches Vorgehen des Reichsanwalts! — Der Redner spricht dann ausführlich über die Bekämpfung des Wuchers, der erst völlig verschwinden könne in einer sozialistischen Gesellschaft.

Abg. Bruhn (Deutsche Fraktion): Alle Stände bis auf die Kriegsgewinner leiden unter dem Kriege; warum trägt man uns da die Klagen der Rechtsanwälte vor, die übrigens in Berlin ihre Gebühren über das Gesetz hinaus um 25 Prozent erhöht haben? Die Namen gewisser Wucherer werden von der großen liberalen Presse, z. B. dem „Berliner Tageblatt", sorglich verschwiegen. Das Volk weiß aber trotzdem, daß immer eine gewisse Spezies anzutreffen ist, wo es Wucher gibt. Da man ehnt, daß die freie Besprechung nach dem Kriege Unangenehmes zutage fördern wird, hat der Zentralverein der Staatsbürger jüdischen Glaubens ein Rundschreiben erlassen, wonach auch die Namen christlicher Kriegswucherer gesammelt werden sollen. (Vizepräsident Dove unterbricht den Redner, weil die Besprechung eines solchen privaten Rundschreibens nicht zur Sache gehöre. — Widerspruch des Abg. Dr. Werner-Gießen, Deutsche Fraktion.) Ich muß also davon abstehen, aber wir wissen, daß wir auf dem richtigen Wege sind. (Zuruf links: Auf dem Holzwege! — Heiterkeit.) Der Redner fährt erregt fort: Auch in Ihren Kreisen verbreitet sich diese Stimmung mehr und mehr, von liberaler Seite ist das Wort gefallen: Man muß erst Jude werden, um Kriegslieferant zu werden.

Staatssekretär Dr. Lisco legt Verwahrung ein gegen die vom Abg. Stadthagen erhobenen Vorwürfe wider den Oberreichsanwalt und die Polizei, die über jedes Maß hinausgingen.

Abg. Landsberg (Soz.): Der Abg. Bruhn hat auf Grund seiner recherchierten und publizistischen Leistungen von jeher Anspruch darauf, daß man von seinem Geschmack eine ganz besondere Meinung hat. (Sehr richtig! links.) Aber heute ist es ihm gelungen, die Ansicht des Reichstages über seinen Takt noch zu übertrumpfen. Es gehörte wirklich ein ganz besonderes Feingefühl zu dieser Rede, die man, wenn man parlamentarisch bleiben will — und der Abg. Bruhn ist mir keinen Ordnungsruf wert — nicht kennzeichnen kann, und die gehalten ist in einer Zeit, in der Deutsche aller Konfessionen ihr Blut auf den Schlachtfeldern vergießen, um Deutschland zu verteidigen. (Sehr wahr! links.) Ich bin neugierig, was der Fraktionskollege Bruhns, Dr. Arendt, zu dieser Rede sagen wird. (Lebhafte Heiterkeit.) Abg. Bruhn hat den Deutschen Reichstag mit der Redaktionsstube der „Wahrheit" verwechselt, und im Interesse des Deutschen Reichstages lege ich dagegen aufs Entschiedenste Verwahrung ein. Wenn er gemeint hat, es sei immer wieder eine gewisse Spitzes, auf die man stoße, wo Wucher anzutreffen sei, so kann ich ihm nur den Kehrreim einer alten Berliner Posse entgegenhalten:

Ob Christen oder Jüd,
's Geschäft dringt's mal so mit sich!

(Lebhafte Heiterkeit). Wir wissen alle, daß der Wucher keine konfessionelle Erscheinung ist. Wenn Abg. Bruhn das nicht weiß, tut er mir leid, und wenn er es weiß, es aber nicht gesagt hat, so gehört er zu den Leuten, mit denen ich nicht polemisiere, weil ich nur mit solchen Leuten polemisiere, bei denen ich den Willen zur Wahrheit voraussetzen kann. (Beifall. — Vizepräsident Dove: Wir setzen natürlich voraus, daß jedes Mitglied dieses Hauses den Willen zur Wahrheit hat.) Wucher ist in jetziger Zeit besonders schimpflich und greift an Landesverrat. Das Gesetz zur Vereinfachung der Rechtspflege hat nicht solche Eile. Wir wollen uns die Schwurgerichte nicht verschandeln lassen. Die Vorlage ist voller Fallstricke und Fußangeln. Wenn das Hindenburgprogramm in der Rechtspflege verwirklicht werden soll, so gilt das zuerst für die militärischen Befehlshaber. Die stellvertretenden Generalkommandos entwickeln geradezu eine unheimliche Tätigkeit. In den Kinos sollen die Geschlechter getrennt werden, sogar Ehepaare werden auseinandergerissen, selbst wenn sie den Trauschein mitgebracht haben. Zigarettchen sollen nach neun Uhr nicht mehr auf der Straße sein, sollen nicht mehr rauchen usw. Wundert man sich dann über die Ueberlastung der Behörden und Gerichte?

Abg. Bruhn (Deutsche Fraktion) wendet sich gegen den Abg. Landsberg. Beim Wucher sind immer neun Jüge und ein Christian.

Abg. Ablaß (Fortschr. Vp.): Die wirtschaftliche Lage des Rechtsanwaltsstandes ist durch den Krieg sehr beeinträchtigt worden. In Hamburg hat man den Uebergang der Rechtsanwälte in die Richterstellen schon lange. Man wartet auch nicht, bis sie 25 Jahre im Amte waren, sondern beruft sie nach vier- bis fünfjähriger Tätigkeit. Die Erhöhung der Gebühren ist unbedingt notwendig. Herr Bruhn hat die Dinge geradezu auf den Kopf gestellt. Für die Notlage des Rechtsanwaltsstandes hat Herr Bruhn kein Verständnis. Die verhetzenden Ausführungen des Abg. Bruhn gegen die deutschen Juden waren eine große Geschmacklosigkeit, die ich besonders in der jetzigen Zeit lebhaft bedauern muß.

Damit schließt die Aussprache über die Justizverwaltung. Die Entschließungen, die sich besonders gegen den Kriegswucher richten, werden angenommen.

Das Reichseisenbahnamt.

Hierzu liegt ein Antrag der Fortschrittlichen Volkspartei vor, der schon im Ausschuß gestellt war, dort aber mit schwacher Mehrheit abgelehnt wurde. Dieser Antrag wünscht die Vorlage einer Denkschrift über die voraussichtlichen finanziellen und wirtschaftlichen Wirkungen und Ergebnisse einer Vereinheitlichung des deutschen Eisenbahnwesens mit Einschluß der Binnenwasserstraßen, und zur Vorbereitung dieser Denkschrift die Einberufung eines Fachausschusses aus sachverständigen Mitgliedern des Wirtschaftslebens, Parlamentariern, sachverständigen Beamten und Vertretern des Großen Generalstabes.

Abg. Dr. Pfleger (Zentr.): Die von Kirchhoff herausgerechnete Milliarde durch Vereinheitlichung der Eisenbahnen wirft nie die Entdeckung eines bisher verborgenen Schatzes. Eigentlich müßte der Urheber des Gedankens die Hälfte als Finderlohn erhalten. Indessen haben die Kirchhoffschen Vorschläge bereits eine erschöpfende Widerlegung gefunden. Auch von einer Thesaurierungspolitik in Preußen kann bei den Eisenbahnen nicht die Rede sein. Verbesserungen im Sinne von Verbilligungen werden nach dem Krieg kommen müssen. Manche Bequemlichkeiten sind jedoch keineswegs als Luxus anzusehen, sondern auch von gesundheitlicher Bedeutung. Die Vereinheitlichung der Bahnen ist bis auf geringfügige Dinge ohne Uebertragung auf das Reich bereits ziemlich durchgeführt. Wenn die Eisenbahnen dem Reich übergeben würden und hauptsächlich Gelder herausgeholt werden sollen, würde zweifellos die volkswirtschaftliche Aufgabe der Erschließung von bestimmten Gebieten Schaden leiden.

Die Vereinheitlichung der Eisenbahnen entspricht auch nicht den bundesstaatlichen Grundlagen des Reiches. Sehr bedauerlich ist es, daß man jetzt derartige Anträge stellt. Bayern hat ein Sonderrecht, und dort ist jetzt eine Stimmung, die ganz gewiß nicht Eingriffen in seine Rechte entgegenkommt. Bayern läßt sich seine Eisenbahnen, die nicht nur ein volkswirtschaftlicher, sondern auch ein politischer Machtfaktor sind, nicht nehmen.

Abg. Keil (Soz.): Kirchhoffs Arbeiten tragen zur Neubelebung des Gedankens der Eisenbahnvereinheitlichung bei. Dabei will er zugleich das Ideal der politischen Einheit fördern. Die Frage der Vereinheitlichung muß auch dann geprüft werden, wenn nicht soviel herauskommt. Der preußische Eisenbahnminister, der uns heute die Ehre seiner Nichtanwesenheit schenkt, hat die Sache von einem engherzig partikularistischen Standpunkt aus behandelt. Seiner Autorität stellen wir die des Herrn Kirchhoff gegenüber. Das Eisenbahnwesen drängt zur Zentralisation. Der Verkehr muß einheitlich und großzügig sein. Das Reichseisenbahnamt führt ein bescheidenes Dasein, wie ein Veilchen, das im Verborgenen blüht. Bei der Ausschußberatung über diese wichtige Frage, die eigentlich seine Hauptaufgabe ist, wurde erst nach sechsstündiger Erörterung entdeckt, daß es überhaupt nicht vertreten war. Der fortschrittlichen Entschließung stimmen wir zu.

Abg. Dr. Müller-Meiningen (Fortschr. Vpt.): Leider ist der preußische Eisenbahnminister nicht anwesend: (hört, hört!) Das Reichseisenbahnamt ist zur Ohnmacht verurteilt. Den Leistungen der deutschen Eisenbahnen zollen wir volle Anerkennung. Unser Antrag ist kein Mißtrauensvotum. Wir wollen Klarheit über diese Fragen haben. Sie müssen endlich einmal aus dem Streite der Parteien herausgehoben werden. Darum verlangen wir einen Ausschuß, der diese Angelegenheit prüft. Man sollte alle politischen Momente aus dieser Auseinandersetzung ausschalten. Wir nehmen die alten Bismarckschen Gedanken auf. (Sehr richtig! links.) Herr Kirchhoff steht ja nicht allein. Bedeutende Fachmänner, zahlreiche Handelskammern stimmen ihm zu. Handel, Industrie, Gewerbe wären so von allen guten Geistern verlassen, wenn sie sich diese Idee der Vereinheitlichung unseres Verkehrswesens nicht zu eigen machen würden.

Dr. Pfleger verwies auf die Landtage. Die Verhandlungen im bayerischen Landtag waren aber nicht sehr objektiv gehalten. (Oho-Rufe b. d. bayerischen Zentrumsabgeordneten.) Die bayrischen Bedenken Dr. Pflegers sind unberechtigt. Kein Mensch will Bayern seine Bahnen gegen den Willen der bayerischen Regierung nehmen. Es kann eine Zeit kommen, wo Bayern selbst einsehen wird, daß die jetzigen Verhältnisse geändert werden müssen. Meine verehrten Landsleute aus Bayern, Sie wollen eine große internationale Wasserstraßenpolitik machen. Wir unterstützen Sie dabei! Auf der einen Seite wollen Sie also eine große internationale Verkehrspolitik, auf der anderen Seite bleiben Sie in kleinlichem Partikularismus stecken. Das paßt doch nicht zusammen. Wir müssen jetzt etwas erreichen, jetzt oder nie!

Abg. Schiele (kons.): Der preußische Eisenbahnminister ist doch bereit, eine Denkschrift vorzulegen, in der das Für und Wider gleichmäßig berücksichtigt wird. Schon daß die süddeutschen Minister gegen Reichsbahnen sich ausgesprochen haben, läßt die ganze Aussprache als eine rein akademische erscheinen. Wir wollen die bayerischen Sonderrechte voll aufrecht erhalten. Die jetzige Eisenbahnorganisation hat sich doch im Kriege außerordentlich bewährt (Zustimmung links); denn warten Sie doch wenigstens bis nach dem Kriege. Für praktische Vereinheitlichung geschieht ja doch schon alles Erforderliche. Die Einschränkung der Anschlußzugzahlen wäre ein volkswirtschaftlicher Rückschritt, den wir nicht mitmachen; Kirchhoffs Vorschläge würden aber dazu führen. Das glänzendste Zeugnis hat der bestehenden Organisation Hindenburg in seinem Schreiben an v. Breitenbach ausgestellt. Nach der Erklärung des sächsischen Finanzministers im Ausschuß würden bei Reichsbahnen fiskalische Interessen im Vordergrund stehen. Wir wünschen aber, daß volkswirtschaftliche Rücksichten maßgebend bleiben. Die Grundlagen der Einnahmen des Reichs sind die Einnahmen der Bundesstaaten; daran ist leider bei den Reichssteuern nicht immer gedacht worden. Den Einzelstaaten muß die Erfüllung ihrer großen Aufgaben möglich bleiben; auch aus verfassungsrechtlichen Gründen stimmen wir gegen die volksparteiliche Entschließung.

Präsident des Reichseisenbahnamts Wackerzapp: Die Vereinigung könnte nur erreicht werden unter Zustimmung aller beteiligten Bundesstaaten. Gegenwärtig besteht für das Reich kein Bedürfnis, die Bahnen zu erwerben. Die Einzelstaaten legen den größten Wert darauf, ihre Eisenbahnen zu erhalten; sie wollen diese gewaltige Machtfülle nicht aus der Hand geben. Dem kann sich auch das Reich nicht verschließen. Demgegenüber müssen die finanziellen und technischen Erwägungen zurücktreten, zumal sie nicht erwiesen sind. Schon jetzt besteht eine so weitgehende Einheitlichkeit, daß das Publikum gar keine größeren Vorteile erlangen könnte, und die ein geschlossenes Auftreten gegenüber dem Auslande sichert. Den Gewinn aus einer Vereinheitlichung schätzt Herr Kirchhoff nur auf ein Fünftel bis ein Viertel einer Milliarde. Zum Ausbau und zur Ergänzung der bereits geschaffenen Einheitlichkeit dienen die zwischenstaatlichen Konferenzen.

Abg. Stöve (natl.): Wenn soviel Material gegen den fortschrittlichen Antrag vorliegt, dann müßten die Gegner des Antrags diesen doch annehmen, damit dieses Material aller Oeffentlichkeit mitgeteilt wird. Die Vereinheitlichung muß zweifellos eine Ersparnis herbeiführen. Warum sollten wir es also nicht versuchen? Selbst der preußische Eisenbahnminister hat zugegeben, daß Ersparnisse gemacht werden können. Der fortschrittliche Antrag will ja zunächst nur Vorarbeiten. Wir stimmen ihm zu. Den Schlußsatz der Denkschrift, die der preußische Eisenbahnminister liefern würde, kennen wir heute schon. Darum verlangen wir eine objektive Prüfung. Die bisherigen Verbesserungen wußten den einzelnen Verwaltungen erst immer abgerungen werden. Man will im Kriege an die Arbeit nicht herangehen. Glauben Sie denn, daß die Denkschrift uns schon im nächsten Jahr vorliegen wird? Haben wir denn schon die Denkschrift, die wir 1912 gewünscht haben? (Hört, hört!) Heute haben wir 1917; also fünf Jahre hat es gedauert, bis wir die Denkschrift nicht bekommen haben. (Heiterkeit.) Es kann viel erspart werden. Es wird dahin kommen, daß diejenigen, die die Vereinheitlichung jetzt nicht wollen, sie einmal schnell herbeiwünschen werden.

Abg. Frhr. v. Gamp (Reichsp.): Der preußische Eisenbahnminister hat mit dem Reichseisenbahnamt nichts zu tun. Was soll es also hier? Wir haben durchgehende Züge München—Berlin, und bayerische Zugführer kommen bis Berlin. Das ist doch schon die Vereinheitlichung! Im Personenverkehr bestehen überhaupt keine Unzuträglichkeiten mehr. (Widerspruch links.) Die unfreundliche Kritik, die Direktor Kirchhoff im „Berliner Tageblatt" an meiner letzten Rede zu dieser Frage geübt hat, ist mir unverständlich. Die beantragte Kommission würde nur Zeit vergeuden, denn das Ergebnis ihrer Arbeiten ist mit Sicherheit vorauszusehen. Die Aussprache in der Kommission soll der gegenseitigen Belehrung dienen. Sind Sie überhaupt belehrbar, Herr Müller? (Heiterkeit.) Die ganze Auseinandersetzungen sind unfruchtbar, solange die Bundesstaaten an ihren Eisenbahnen festhalten wollen. Verlegen Sie die Sache bis nach Friedensschluß.

Abg. Haegy (Els.): Wir nehmen den fortschrittlichen Antrag an, denn wir sind seit jeher für Reichseisenbahnen eingetreten.

Abg. Baudert (Soz.) bespricht Mißstände und schlechte Gehaltsverhältnisse bei der Eisenbahnbetriebsabteilung Weimar.

Ueber die fortschrittliche Entschließung wird morgen Nachmittag 4 Uhr namentlich abgestimmt werden.

Der Etat wird bewilligt.

Es folgt

der Etat des Reichsschatzamts.

Abg. Prinz zu Schönaich-Carolath (natl.) begrüßt eine von allen Parteien unterstützte Entschließung, den Kriegsteilnehmern von 1870/71 und der vorangegangenen Feldzüge in Anbetracht der gegenwärtigen Teuerung eine einmalige außerordentliche Zulage aus Reichsmitteln zu gewähren.

Die Entschließung wird einstimmig angenommen.

Das Haus vertagt sich.

Nächste Sitzung: Dienstag, 1 Uhr. Anfragen. Steuervorlagen.

Schluß 7½ Uhr.

Aus Stadt und Land.

Gießen, 27. März 1917.

** Der Ortsgewerbeverein hielt am Samstag abend im Gewerbehaus seine Monatsversammlung ab, bei welcher Gelegenheit der Vorsitzende Professor Dr. Krausmüller die wichtigsten Bestimmungen des Hilfsdienstgesetzes erläuterte. An die Ausführungen schloß sich eine eingehende Aussprache, die, ebenso wie die Erläuterungen des Vorsitzenden, zeigte, wie wichtig die hier in Frage kommenden Bestimmungen auch für die Gewerbetreibenden sind. Anschließend an diese Besprechung erstattete Berufsgenossenschaftssekretär Kirchner einen kurzen Bericht über die Tätigkeit der am 1. Januar 1917 ins Leben gerufenen Handwerker-Beratungsstelle, die äußerst rege in Anspruch genommen wird. Er zeigte an Hand von praktischen Beispielen, in welch vielseitiger Weise die Beratungsstelle zur Unterstützung der Gewerbetreibenden und insbesondere der Handwerkerfrauen zu wirken in der Lage ist. Zum Schluß machte der Vorsitzende noch auf den am 2. n. Mts. abends im Gewerbehaus beginnenden Unterrichtskursus für einfache Buchführung (System Traber) und Steuerfragen aufmerksam, zu dem bereits zahlreiche Meldungen vorliegen, und wies noch besonders darauf hin, daß dieser Kursus nicht nur für die Gewerbetreibenden selbst, sondern auch für die Angehörigen, insbesondere die Handwerkerfrauen, bestimmt sei.

** Der Evang. Arbeiterverein hielt kürzlich seine Hauptversammlung ab. Nach dem vom Vorsitzenden Oberbibliothekar Dr. Heuser erstatteten Jahresbericht zählt der Verein z. Zt. 283 Mitglieder. Die Einnahmen des Vereins betrugen im abgelaufenen Jahre 1160,50 Mark, die Ausgaben 1085,36 Mark. Das Vermögen des Vereins beläuft sich auf 1376,95 Mark. Die Sterbekasse weist einen Mitgliederbestand von 191 auf. Das Vermögen der Sterbekasse ist auf 6248,22 Mark gestiegen, wovon 3000 Mark in Kriegsanleihe angelegt sind. Die Baugenossenschaft des Vereins konnte im abgelaufenen Jahre keine Tätigkeit entfalten, dagegen konnte die Rechtsberatungsstelle auch im Jahre 1916 im Interesse der Minderbemittelten, insbesondere der Angehörigen der Eingezogenen wesentliches leisten. Die Elisabeth-Kleinkinderschule wird nach wie vor gut besucht. Der Verein wirkt seit längerer Zeit auch mit im Ausschuß für Verbraucher-Interessen. Er ist außerdem Mitglied des Hauptausschusses für Kriegerheimstätten, sowie der evang. sozialen Schule in Bethel. Die im Felde stehenden Mitglieder wurden auch im abgelaufenen Jahre wiederholt durch Liebesgabensendungen erfreut. Außerdem wurden die Angehörigen der einberufenen Mitglieder in Fällen der Bedürftigkeit unterstützt. Auch in sonstigen Fällen ist der Verein bemüht gewesen, die Härten des Krieges nach Möglichkeit mildern zu helfen, u. a. hat er bei Einsetzen der strengen Kälte durch seinen Vorsitzenden an maßgebender Stelle beantragt, im Interesse der Kohlenversorgung der kleinen Leute das Theater vorübergehend zu schließen. Bei den in der Versammlung vorgenommenen Wahlen wurden die bisherigen Vorstandsmitglieder wiedergewählt, neugewählt wurde Bürodiener Reitz.

** Für die Besatzungen der U-Boote stiftete Zigarrenfabrikant Rattmann einen größeren Posten Zigarren als Liebesgabe.

Helft unseren Helden zu Wasser und zu Lande!
Zeichnet die 6. Kriegsanleihe!

Landkreis Gießen.

ne. Bellersheim, 26. März. Der Schulverwalter Wilhelm Ruhl wurde zum Unteroffizier befördert und erhielt das Eiserne Kreuz zweiter Klasse. Dieselbe Auszeichnung erhielten der Unteroffizier Wilhelm Ruppel und der Musketier Georg Kapl. Der Musketier Paul König wurde zum Gefreiten befördert. — In unserer Gemeinde wurden 52 Kinder aus den Industriegegenden aufgenommen. — Die Winterfrucht steht gut aus und hat scheinbar gut überwintert. Hoffentlich schaden ihr die Frühjahrsfröste nicht mehr.

-s Bersrod, 26. März. Vorgestern abend fand im dichtbesetzten Schulsaale ein Lichtbildervortrag statt über „Deutschlands wirtschaftliche Kräfte." Herr Schott von Grünberg zeigte 35 Bilder, zu welchen Lehrer Wolf die Erläuterungen gab. Die Anwesenden erhielten durch das einfache Bild und das schlichte Wort einen tiefen Einblick in die ungeahnte Arbeitskraft unseres Volkes und die Bodenschätze unseres Vaterlandes. Zum Schlusse ermahnte der Redner eindringlich, die sechste Kriegsanleihe tatkräftig zu zeichnen, um im vielleicht entscheidenden Augenblicke nicht zu versagen. — Unser Frauenverein, der 55 Mitglieder hat, schaffte in seinem ersten Vereinsjahr eine Anzahl Gegenstände zur Krankenpflege an und wird darin weiterfahren. Was der einzelnen Familie nicht gut möglich war, ist dem Verein trotz niedrigen Beitrags seiner Mitglieder ein leichtes. Nach Ostern will sich der Verein der „Hindenburgspende" annehmen. — Den Bemühungen des Pfarrers Wagner von Beuern ist es gelungen, 25 Kinder aus dem rheinischen Industriegebiet im Alter von 9—14 Jahren in hiesigen Familien bis Herbst unterzubringen. Dadurch wird die Schülerzahl unserer, während des Krieges einklassigen Schule auf 120 steigen. — Phil. Bächer, ein Enkel unseres Bürgermeisters Reuschling, bei einer Maschinengewehrkomp. im Westen stehend, wurde mit der Hessischen Tapferkeitsmedaille ausgezeichnet.

** Inheiden, 25. März. Am Dienstag hielt Herr Lehrer Kraushaar von Trais-Horloff in überfülltem Schulsaale einen sehr lehrreichen Vortrag über Deutschlands wirtschaftliche Kraft. Nachdem Bürgermeister Reiß die Anwesenden mit einleitenden Worten begrüßt, sangen die Schüler das Lied „Auf, auf zum Kampf". Der Vortragende zeigte dann, unter Ergänzung von gelungenen Lichtbildern, daß unser Vaterland noch lange nicht am Ende seiner Kraft angekommen ist und besser durchhalten kann als einer unserer vielen Feinde. Er ermahnte, Kriegsanleihe zu zeichnen, um unseren unvergleichlichen Feldgrauen an der Front den Mut zu stärken. Mit dem Liede „Deutschland, Deutschland über alles" endete der sehr interessante Vortrag. Bürgermeister Reiß dankte dem Vortragenden und schloß mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf das deutsche Vaterland. — Ludwig Kubl von hier, der sich zurzeit in einem Feldlazarett befindet, wurde mit der Hessischen Tapferkeitsmedaille ausgezeichnet. Er nahm an einem kühnen und erfolgreichen Ueberfall auf eine russische Stellung teil.

:: Ruddingshausen, 24. März. Im Schulsaale der neuen Schule fand heute Abend ein Lichtbildervortrag statt. Lehrer Jakob von Ober-Bessingen sprach in eingehender Weise über die Wirtschaftslage des Deutschen Reiches. An Hand von scharfen Lichtbildern wies er das Volksvermögen des Deutschen Reiches nach und zeigte, daß dieses recht gut die bereits gemachten Kriegsanleihen, sowie die neue vertrage, weshalb jeder zeichnen soll und muß. Bürgermeister-Stellvertreter Müßig sprach den Dank der Versammlung aus und gab in beredter Weise der Hoffnung Ausdruck, daß auch Ruddingshausen voll und ganz seine Schuldigkeit tun werde.

§ Steinberg (Kr. Gießen), 26. März. Gestern hielt hier Professor Koob aus Gießen vor einer zahlreichen Zuhörerschaft aus Watzenborn-Steinberg und Hausen einen sehr interessanten Vortrag über „Deutschlands Finanzkraft". Die Ausführungen des Redners wurden von einem reichen Zahlenmaterial und durch sehr klare Lichtbilder recht sinnenfällig unterstützt. Die Fragen: Was kostet der Weltkrieg und wie werden die ungeheuren Summen aufgebracht und gedeckt, wurden in gründlicher Weise dahin beantwortet, daß sowohl Deutschlands wirtschaftliche Macht, als auch seine finanzielle Kraft, stark genug seien, unsere Feinde nicht nur mit dem Schwerte, sondern auch mit dem Gelde zu schlagen. Die Ausführungen des Redners gipfelten in dem Gedanken: Es ist für jeden Deutschen Pflicht, nach seinen Kräften die sechste Kriegsanleihe zu zeichnen; wer dies nicht tut, obwohl es ihm seine Mittel erlauben, der unterstützt die Engländer, kämpft gegen sein Vaterland und verlängert den Krieg. Die große Versammlung folgte dem Vortrage mit ernster Aufmerksamkeit und zollte dem gewandten Redner reichen Beifall.

Kreis Büdingen.

= Büdingen, 26. März. Um Kriegsbeschädigten die Ansiedlung im Kreise zu ermöglichen, richtet das Kreisamt an die Bürgermeistereien die Aufforderung, Häuser oder Grundstücke von Gemeinden, Kirchengütern, Standesherren und Privatpersonen namhaft zu machen, die sich zur Besiedlung und Errichtung von Kriegerheimstätten eignen.

§ Wallernhausen, 25. März. Auch unsere Gemeinde ist, seitdem unser seitheriger Pfarrer Weiß nach Babenhausen, Kreis Dieburg versetzt wurde, verwaist. Die Vertretung hat Pfarrer Naumann, Schwickartshausen. Da nun die Stelle wieder zur Neubesetzung ausgeschrieben ist, würde es allgemein freudig begrüßt werden, wenn recht bald unsere große Kirchengemeinde durch einen eigenen Pfarrer besetzt würde.

Kreis Alsfeld.

c. Schadenbach, 26. März. Der Schulverwalter Martin Weber, Leutnant d. R. und Inhaber des Eisernen Kreuzes 2. Kl. erhielt das Eiserne Kreuz 1. Klasse.

Kreis Lauterbach.

z. Grebenhain, 26. März. Dem Fahrer Heinrich Ganß, welcher seit Kriegsbeginn im Felde steht, wurde wegen seinem unerschrockenen wackeren Verhalten das Eiserne Kreuz zweiter Klasse verliehen, dem Gefreiten Heinrich Greb, Sohn des Herrn Georg Friedrich Greb, in einem Dragonerregiment, wurde vom Großherzog die Hessische Tapferkeitsmedaille verliehen.

rr. Schlitz, 26. März. Unter großer Beteiligung wurde am Samstag der in einem Lazarett zu Worms verstorbene Landsturmmann Christian Susemichel zu Grabe getragen. Auch Militär- und Kriegerverein gaben ihm mit ihren Fahnen das letzte Geleit. Susemichel war erst im Januar eingezogen worden und mußte sich kürzlich zwei schweren Operationen unterziehen, die sein Ende nicht hindern konnten. Die Kompagnie des Landsturmbataillons, dem er angehörte, ließ einen prachtvollen Kranz niederlegen. Der Verstorbene ist der erste Soldat, der in diesem Kriege auf dem heimatlichen Gottesacker bestattet werden konnte.

z. Steinfurt, 25. März. Vor einigen Tagen erhielt der Schneidermeister Heinrich Götz die traurige Nachricht, daß sein Sohn Heinrich Peter Götz in Rumänien durch Rückenschuß gefallen sei.

Kreis Schotten.

§ Hartmannshain, 26. März. Donnerstag abend fand auch in unserer Gemeinde, durch Herrn Lehrer Keller, Ober-Seemen, ein vaterländischer Vortragsabend statt, der Deutschlands Macht und Größe, Schätze und Güter nun auch in der sechsten Kriegsanleihe zum Ausdruck bringen soll und unseren Feinden ihren trotzigen Willen, Deutschland zu vernichten, für immer ins Unmögliche zerschlagen soll.

§ Herchenhain, 26. März. Samstag abend fand hier im Schulsaale ein Lichtbildervortrag statt. Lehrer Keller, Ober-Seemen zeigte uns in Wort und Bild „Die Waffen des deutschen Heimatheeres" und führte ganz besonders die bedeutenden Reichtümer vor Augen, die unserem Vaterlande in seinen landwirtschaftlichen Gütern und in seinen ungeheuren Bodenschätzen geschenkt sind. Jeder Zweifel schließe sich darin aus, daß Deutschland jemals wirtschaftlich, finanziell oder militärisch besiegt werden könnte, wenn nur jeder opferwillig nach seinen Kräften dazu beitrage, daß unserem Vaterlande die Quellen fließend bleiben, die ihm gegeben sind und ihm die Kriegführung bis zur endgültigen Niederlage der Feinde ermöglichen. Das Schlußlied „Ein' feste Burg ist unser Gott" gab dieser vaterländischen Veranstaltung einen recht empfundenen Sinn und Charakter.

§ Ober-Lais, 25. März. Seit Oktober vorigen Jahres ist auch unsere Gemeinde, wie so viele andere in diesem Kriege, verwaist. Pfarrer Weidner, welcher aus eigenem Antriebe sich zu anderen Pflichten hingezogen fühlte, wurde zum Lazarettpfarrer nach Mainz berufen. Seitdem wurde die Vertretung der Gemeinde Pfarrer Naumann, Schwickartshausen übertragen. Die Filialgemeinde Glashütten, mit den Weilern Streithain und Igelshausen, wurde, da Pfarrer Naumann, welcher auch noch durch Vertretung anderer Kirchspielsgemeinden mit Arbeiten geradezu reichlich bedacht ist, dem Hofprediger Widmann, Gedern zugeteilt.

Kreis Friedberg.

= Friedberg, 26. März. Trotz aller Warnungen und Verfügungen blüht im Kreise noch der Schleichhandel mit Eiern. Zur Bekämpfung dieses Unfugs, unter dem weite Kreise in empfindlichster Weise leiden, führt das Kreisamt nunmehr Eierkarten ein. Den Gemeinden, die trotz reichem Geflügelbestandes in Zukunft nicht genügende Mengen von Eiern abliefern, werden Zwangslieferungen auferlegt. Das Kreisamt hat außerdem festgestellt, daß einzelne Gemeinden die für den Eierhandel vorgeschriebenen Veröffentlichungen ihren Ortsbewohnern überhaupt nicht bekannt gegeben haben. Der Höchstpreis für ein Ei, beim Landwirt abgeholt, wurde auf 25 Pfennig das Stück festgesetzt. Da die Landwirte aber von ihren Vorräten nur die kleinsten und minderwertigen abgeben, wies die Behörde die Sammelstellen an, in Zukunft für diese Eier nur niedrigere Preise zu bezahlen.

Hessen-Nassau.

= Frankfurt a. M., 25. März. Die Stadt hat für ihre sämtlichen Krankenanstalten die Regieschlachtung eingeführt und für deren Durchführung in dem Haushaltsplan an Einnahmen 480 000 Mk. und an Ausgaben 439 090 Mk. vorgesehen. Auf dem Papier ergibt sich also ein Ueberschuß von 40 910 Mk.

Spielplan der vereinigten Frankfurter Stadttheater.

Opernhaus.

Mittwoch, den 28. März, abends 7 Uhr: „Die Entführung aus dem Serail". Donnerstag, den 29. März, abends 7 Uhr: „Die Hugenotten". Freitag, den 30. März, abends 7 Uhr: „Frühlingsluft". Samstag, den 31. März, abends 7 Uhr: „Der Postillon von Lonjumeau". Hierauf, zum ersten Mal: Tanzszenen in 5 Bildern. 1. Grotesker Tanz, 2. Menuett, 3. Bachantischer Tanz, 4. Spielmanns Tanz und Kinderreigen, 5. Orientalischer Tanz.

Schauspielhaus.

Mittwoch, den 28. März, nachmittags 3 Uhr: „Wilhelm Tell". Abends 7½ Uhr: „Wienerinnen". Donnerstag, den 29. März, abends 6½ Uhr: „Wilhelm Tell". Freitag, den 30. März, abends 7½ Uhr: „Hampelmanns Geburtstag". Samstag, den 31. März, abends 7½ Uhr: Zum ersten Male: „Die verlorene Tochter". Lustspiel in drei Aufzügen von Ludwig Fulda.

Kaufmännische Fachschule Gießen.

Staatlich anerkannte Unterrichtsanstalt

für junge Leute männlichen und weiblichen Geschlechts im Handelsgewerbe und solche, die sich für diesen Beruf ausbilden wollen.

Das neue Schuljahr unserer Anstalt beginnt Donnerstag, den 19. April, abends 8 Uhr, zu welcher Zeit sich alle Schüler und Schülerinnen in dem Schulhause — West-Anlage 43 — einzufinden haben.

Anmeldungen neuer Schüler und Schülerinnen werden Dienstag, den 3. April, abends von 8 bis 10 Uhr im Schulhause — West-Anlage 43 — entgegengenommen.

Die Anstalt gliedert sich in eine Unter-, Mittel- und Oberstufe, von denen jede drei Parallelklassen umfaßt. Neueintretende Schüler und Schülerinnen werden in der Regel der 3. Klasse überwiesen. Können sie aber durch eine Prüfung den Nachweis erbringen, daß sie befähigt sind, in einer höheren Klasse mitkommen zu können, so werden sie in eine 2. oder gar 1. Klasse eingereiht.

Die Pflichtfächer der Anstalt sind: Einfache, doppelte und amerikanische Buchführung, Wechsellehre, Handelslehre, Rechnen, Deutsch, Korrespondenz, Schönschreiben, Handelsgeographie und Warenkunde. Die Wahlfächer sind: Französisch, Englisch, Kurzschrift und Maschinenschreiben.

Der Unterricht findet an zwei Abenden in der Woche von 7½ bis 10 Uhr statt.

Der Besuch der Anstalt befreit die schulpflichtigen Schüler vom Besuch der allgemeinen Fortbildungsschule; schulpflichtig sind alle aus der Volksschule entlassenen Knaben, sowie die Schüler höherer Lehranstalten, die nach vollendetem 14. Lebensjahre austreten, ohne ein Jahr der Obertertia angehört zu haben.

Das Schulgeld beträgt für die Pflichtfächer pro Jahr 36 Mark — und für die Wahlfächer Französisch und Englisch je 20 Mark — für Kurzschrift und Maschinenschreiben je 3 Mark.

Gießen, den 24. März 1917.

Die Schulkommission. 2461D

Aliceschule.

Für die zu Ostern die Schulen verlassenden jungen Mädchen beginnen Kurse im Kochen, Weißzeugnähen, Handarbeiten, Schneidern und Bügeln am 16. April. Anmeldungen Steinstraße 10. 2454

Landwirtschaftl. Konsumverein Wieseck,

e. G. m. u. H.

Generalversammlung

Dienstag, 3. April, abends 8½ Uhr bei Gastwirt Daniel Erb.

Tagesordnung:

1. Vorlage der Rechnung für 1916,
2. Entlastung des Vorstandes,
3. Beschlußfassung über die Verwendung des Reingewinns.

Wieseck, 24. März 1917. 2446

Für den Aufsichtsrat:
Braunewell, Vorsitzender.

Holzversteigerung

Donnerstag, den 29. März lfd. Js., vormittags von 9 Uhr ab, soll aus dem Gemeindewald Watzenborn-Steinberg, Distrikt Bohlheimer Wald, nachbezeichnetes Holz versteigert werden:

Eichen-Stämme:
3 Stück 2. Kl. 4,90 Fstm., 18 Stück 3. Kl. 16,72 Fstm., 3 Stück 4. Kl. 2,19 Fstm., 2 Stück 5. Kl. 1,06 Fstm., 3 Stück 6. Kl. 0,69 Fstm. = 25,56 Fstm.

Fichten-Stämme:
1 Stück 3. Kl. 0,97 Fstm., 5 Stück 4. Kl. 2,96 Fstm., 20 Stück 5a Kl. 8,38 Fstm., 122 Stück 5b Kl. 24,77 Fstm. = 37,08 Fstm.

Fichten-Stangen:
17 Stück, 1,67 Fstm. = 1,67 Fstm.

Eiche-Knüppel, 2 Meter lang:
3 Rm. = 1,80 Fstm.

Watzenborn-Steinberg, den 25. März 1917.
Großh. Bürgermeisterei Watzenborn-Steinberg.
Hirz. 2447

Bekanntmachung.

Der Voranschlag der Gemeinde Rabertshausen für 1917 Rj. liegt vom 28. März 1917 an eine Woche lang auf dem Amtszimmer zur Einsicht offen. Es gelangt eine Umlage zur Erhebung, zu der auch die Ausmärker herangezogen werden.

Rabertshausen, den 27. März 1917.
Großh. Bürgermeisterei Rabertshausen.
Reichhardt. 2478

Holzverkauf

in der Fürstlichen Oberförsterei Lich.

Die Fürstliche Oberförsterei Lich hat einen Posten Fichten-Derbstangen, nämlich 1078 Stück = 31,12 Fstm. bei 4—10 Ztm. Mittenstärke und 5—11 Mtr. Länge aus der Hand abzugeben. Sie sind im Distrikt Mönchwald aufgearbeitet und liegen großenteils an einem chaussierten Weg, Holznummern 13 bis 100. Preisangebote werden jederzeit entgegengenommen und demnächst beschieden. 2304

Amtliche Bekanntmachungen der Stadt Gießen.

Betr: Ablieferung getragener Kleider und Schuhe.

Die behördliche Annahmestelle für getragene Web-, Wirk-, Strick- und Schuhwaren in der Schulbaracke an der Kirchstraße ist geöffnet, Montags, Dienstags und Mittwochs von 10 Uhr vormittags bis 4 Uhr nachmittags.

Gießen, den 22. März 1917. 2388B
Der Oberbürgermeister: Keller.

Sperrzeit für Tauben.

Die Besitzer von Tauben werden unter Hinweis auf Artikel 39 Abs. 1 Ziffer 2 des Feldstrafgesetzes vom 13. Juli 1904 **aufgefordert, ihre Tauben** wegen der Saatzeit **vom 1. bis 30. April 1917 einzuhalten.**

Diese Sperrzeit wird auf Grund der Anordnungen des stellv. Generalkommandos, XVIII. Armeekorps vom 11. Juli 1916 und 19. Februar 1917 **auch auf Militärbrieftauben** (Tauben der Militärverwaltung und der Brieftauben-Liebhaber-Vereine) **ausgedehnt.**

Gießen, den 23. März 1917 2466B
Der Oberbürgermeister: J. V.: Grünewald.

Die städtische **Fuhrwerkswage** am Neustädter Tor ist **wieder geöffnet.** 2464B

Gießen, den 24. März 1917.
Der Oberbürgermeister: Keller.

Die Auszahlung der Familienunterstützungen an die Angehörigen der zum Heeresdienst Einberufenen für 1.—15. April 1917 bezw. für März 1917 findet statt:

a) Reichsunterstützung.
An diejenigen, deren Namen beginnen mit:
A—H Freitag, den 30. März 1917
J—R Samstag, den 31. März 1917.
S—Z Montag, den 2. April 1916

b) Weitere Unterstützung (Mietszuschuß).
An diejenigen, deren Namen beginnen mit
A—H Dienstag, den 3. April 1917
J—R Mittwoch, den 4. April 1917
S—Z Donnerstag, den 5. April 1917

c) An Vermieter, die Mietbeträge abholen.
Samstag, den 7. April 1917.

Die Auszahlungen finden von 8—1 Uhr vormittags im Stadthaus, Zimmer Nr. 7, statt.

Die Unterstützungen dürfen nur an den vorgenannten Tagen abgeholt werden. 2465B

Gießen, den 26. März 1917
Der Oberbürgermeister: Keller.

Verschiedenes

Paedagogium
(Höhere Privatschule Sexta — Oberprima)
Aufnahme neuer Schüler jederzeit.
Gute Erfolge.
Einjährigen-, Primareife-, Abiturientenprüfung.
Durch den Besuch der Unterstufe genügen Kinder unt. 14 Jahren der gesetzlichen Schulpflicht. (Minist. Verfügung vom 13. V. 14).
Näheres durch
Direktor Brackemann, Ludwigstr. 70, Fernr. 633

v. Hartung'sche Anstalt gegr. 1866
Cassel-Wilhelmshöhe.
Vorbereitung für alle Schul- u. Notexamina b. Fähnrichsexam. a. f. Beurl. od. Krieg-besch.
Prosp. d. d. Dir. K. Topf. 1347hv

Eiermann's Backpulver
von höchster Triebkraft 1000 fach bestens bewährt